

FREIBERUFLER-TICKER vom 26. Juli 2019

1. Bericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung

Die Europäische Kommission legte am 24. Juli 2019 eine [Mitteilung](#) zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vor. Dabei sieht die EU-Kommission die Wirkung der DSGVO durchaus positiv. Ihrer Auffassung nach werden Bürger sich stärker ihrer Rechte bewusst und sind Unternehmen zu datenschutzrechtskonformem Verhalten angehalten. Auch erkennt sie einen weltweiten Trend, ein höheres Datenschutzniveau zu erreichen. Nachbesserungsbedarf bis zum vorgesehenen Umsetzungsbericht im Jahr 2020 hält die EU-Kommission dennoch für gegeben: So ist insbesondere noch die Kooperation zwischen den Datenschutzbehörden zu steigern und sicherzustellen, dass diese über hinreichende Ressourcen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügen. Auch mangelt es noch in einzelnen Mitgliedstaaten an der rechtskonformen Umsetzung insgesamt.

2. DSGVO-Auswirkungen auf KMU

Die Europäische Kommission wird am 25. Mai 2020 einen Bericht zu den Auswirkungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf KMU vorlegen. Das kündigte die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/11447](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/11037](#)) an, über die der Deutsche Bundestag am 23. Juli 2019 informierte. Geplant ist, dem EU-Parlament alle vier Jahre zu berichten. Dem zuständigen Bundeswirtschaftsministerium liegen derzeit keine Daten zu möglichen Kosten der DSGVO für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor, so die Bundesregierung weiter. Aus der Antwort geht zudem hervor, dass es nicht geplant ist, Empfehlungen für die Anforderungen von betrieblichen Datenschutzbeauftragten festzulegen.

3. Auswirkungen der DSGVO auf mittelständische Unternehmen

Laut einer Umfrage des European Business Awards im Auftrag der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft RSM, die am 22. Juli 2019 [veröffentlicht](#) wurde, geben mit 30 Prozent fast ein Drittel der europäischen Unternehmen an, die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) noch nicht umgesetzt zu haben. Obwohl die DSGVO bereits vor mehr als einem Jahr in Kraft getreten ist und trotz drohender Geldbußen durch die Regulierungsbehörden halten nach eigenen Angaben nur 57 Prozent der Unternehmen die Regeln der DSGVO ein, 13 Prozent sind sich unsicher.

4. Silver Surfer unsicherer im Netz

Die [Bevölkerungsbefragung](#) „Digitale Kompetenzen im Alter“ des Meinungsforschungsinstituts Kantar im Auftrag der Bertelsmann Stiftung geht der Frage nach, wie sicher sich die Menschen in Deutschland im Internet und beim Umgang mit Smartphone und Co. fühlen. Die Ergebnisse, die am 24. Juli 2019 vorgestellt wurden, zeigen: Insgesamt fühlen sich 63 Prozent der Befragten eher sicher bis sehr sicher im Umgang mit dem Internet. Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich ein anderes Bild: Während 79 Prozent der 14- bis 29-Jährigen sich eher sicher bis sehr sicher fühlen, gilt das nur für 41 Prozent der 60- bis 69-Jährigen. Und bei den über 70-Jährigen empfindet sich mit 36 Prozent nur jeder Dritte als eher sicher bis sehr sicher. Die Selbsteinschätzung der eigenen Kenntnisse im Bereich digitaler Technologien, Anwendungen und Gefahren ergibt: 64 Prozent der Befragten schätzen die eigenen Kenntnisse hier als eher gut bis sehr gut ein. Bei den 14- bis 29-Jährigen sind es 89 Prozent, bei den 60- bis 69-Jährigen 50 Prozent und bei den über 70-Jährigen nur noch 36 Prozent. Fragt man die Bevölkerung, wie stark sie bereits heute auf das Internet und den Einsatz digitaler Technologien angewiesen ist, sagen

76 Prozent, dass sie bei der Suche nach Informationen eher stark bis sehr stark darauf angewiesen sind. 68 Prozent geben an, dass dies bei der Kommunikation mit Freunden, Bekannten oder Familienmitgliedern der Fall ist. Dagegen sind nach eigener Einschätzung nur 27 Prozent bei behördlichen Angeboten, von denen es online bisher nur eine begrenzte Zahl gibt, eher stark bis sehr stark auf digitale Kanäle angewiesen.

5. Fachkräftepotenzial in Deutschland

Dieses thematisiert die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/11501](#)) auf eine Kleine Anfrage zum Fachkräftebedarf und seinen Potenzialen in Deutschland, über die der Deutsche Bundestag am 25. Juli 2019 informierte. Danach stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Berufsausbildung beziehungsweise anerkanntem Berufsabschluss von 18,794 Millionen in 2010 auf 20,330 Millionen 2018. Gleichwohl verringerte sich der Anteil dieser Personen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 67,2 Prozent auf 61,8 Prozent. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Fach- und Hochschulabschluss beziehungsweise akademischem Berufsabschluss kletterte von 3,869 Millionen auf 5,321 Millionen. Ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich von 13,8 Prozent auf 16,2 Prozent. Und die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsausbildung sank von 3,937 Millionen auf 3,977 Millionen Personen. Die Zahl der Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden verringerte sich von 438.000 auf 389.000. Der Anteil der ausbildenden Betriebe sank mithin von 21 Prozent auf 17,8 Prozent.

6. Weniger Fachkräfteprobleme in Großstädten – mehr Pendler und Zugezogene

Den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mangelt es durch den langjährigen Arbeitsmarktboom an Fachkräften. Zwei Drittel der KMU, die Fachkräfte einstellen wollen, befürchten Schwierigkeiten. Wie eine am 22. Juli 2019 [veröffentlichte](#) Sonderauswertung des Mittelstandspanels der Kreditanstalt für Wiederaufbau zeigt, sind die Fachkräfteengpässe auf dem Land gravierender als in den großen Städten. Städte sind für viele Arbeitnehmer attraktiver: 44 Prozent der KMU in kreisfreien Großstädten haben Pendler in der Belegschaft, 19 Prozent haben Mitarbeiter, die extra für den Job zugezogen sind. Diese Anteile sind bei den KMU mit Sitz in den Landkreisen nur gut halb so groß. Doch abgesehen vom allgemeinen Standortvorteil bemühen sich die städtischen KMU aber auch häufiger um Fachkräfte aus anderen Regionen: In den Großstädten rekrutieren 37 Prozent der KMU überregional, in den Landkreisen nur 20 Prozent. Im Wettbewerb um Fachkräfte setzen vor allem die städtischen KMU neben finanziellen Anreizen und flexiblen Arbeitsbedingungen auf die Vermittlung von Wohnraum und Kitaplätzen.

7. Forschungsstandorte in Deutschland

Das Statistische Bundesamt [veröffentlichte](#) am 22. Juli 2019 eine Karte mit allen deutschen Forschungsinstitutionen. Während sich im Umkreis von zehn Kilometern um eine deutsche Universität im Durchschnitt zehn außeruniversitäre Einrichtungen für Forschung und Entwicklung (FuE) befinden, sind es unter den Hochschulen, die durch die Exzellenzstrategie gefördert werden, im Durchschnitt 27 Einrichtungen. Zu den zehn Hochschulen mit den meisten außeruniversitären FuE-Einrichtungen im Zehn-Kilometer-Radius gehören die Hochschulen des geförderten Verbundes (bestehend aus Humboldt-Universität Berlin, Freie Universität Berlin, Technische Universität Berlin) sowie die Exzellenzuniversitäten Technische Universität München, Universität München und Universität Bonn.

8. BMWi veröffentlicht Handbuch Reallabore

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) veröffentlichte am 23. Juli 2019 das „[Handbuch Reallabore](#)“, so die [Pressemeldung](#) des BMWi vom selben Tag. Dieses zeigt, wie Reallabore in Deutschland eingesetzt werden, und gibt Informationen und Hilfestellungen sowie Beispiele aus der Praxis. Als Testräume für Innovation und Regulierung machen Reallabore es möglich, neue Technologien und Geschäftsmodelle unter realen Bedingungen zu erproben, wie beispielsweise autonomes Fahren, Telemedizin oder die Paketzustellung per Drohne. Dabei werden staatliche Regeln und Vorgaben teilweise geöffnet. Im Herbst 2019 wird das BMWi einen Wettbewerb starten, um ausgewählte Reallabore-Ideen und -Projekte für digitale Innovationen zu prämiieren und aktiv zu begleiten. Am 28. August 2019 findet das erste Treffen des „Netzwerks Reallabore“ im BMWi statt, bei dem konkrete Reallabore vorgestellt und Wege zu einer innovationsfreundlichen Regulierung mit hochrangigen Experten diskutiert werden.

9. Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Statistikpflicht

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reduzierung von Statistikpflichten soll sich im September 2019 zu einer sechsten Sitzung treffen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/11346](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/10938](#)), worüber der Deutsche Bundestag am 23. Juli 2019 informierte. Sofern die Ergebnisse umsetzbar sind, sollen diese direkt in das geplante Bürokratieentlastungsgesetz III einfließen. Nach Angaben der Bundesregierung kosten die statistischen Erhebungen der Ämter die deutschen Unternehmen 327,3 Millionen Euro pro Jahr, 0,7 Prozent der gesamten Bürokratiekosten für die Wirtschaft. Etwa 67,5 Prozent der erhobenen statistischen Daten werden aufgrund von Auflagen der Europäischen Union erhoben. Die Bundesregierung legt in der Antwort zudem die Definitionen der Arbeitsgruppe zu den Bereichen „Modernisierung“, „Digitalisierung“ und „Reduzierung“ dar.

10. Wohnraum für Studenten

Studenten mussten im Sommersemester 2016 durchschnittlich 33 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Miete aufwenden. Im Saarland waren es nur 28,7 Prozent, bayerische Studenten müssen mit 34,5 Prozent am meisten für die Miete ausgeben. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([19/11484](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/10848](#)) hervor, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche informierte. Der Anteil von Studenten, die günstigen Wohnraum in öffentlich geförderten Wohnheimen erhalten, ist demnach rückläufig. Im Wintersemester 2004/2005 wohnten 11,84 Prozent in öffentlichen Wohnheimen, im Wintersemester 2017/2018 waren es noch 9,6 Prozent. Laut Bundesregierung ist die Zahl der Studenten im selben Zeitraum auf 2.527.787 angewachsen, ein Anstieg von fast 900.000 Personen. In den neuen Bundesländern ist die Wohnheimquote besonders hoch, Brandenburg ist mit 15,19 Prozent Spitzenreiter, das Schlusslicht bildet Berlin mit lediglich 5,9 Prozent.

11. Durchschnittliche Lebenserwartung in der EU beträgt 80,9 Jahre

So alt werden 2017 in der Europäischen Union (EU) Geborene im Schnitt. Frauen werden 83,5 Jahre, Männer 78,3 Jahre. Die Lebenserwartung in Deutschland beträgt 81,1 Jahre. Am ältesten werden Spanier mit 83,4 Jahren, Italiener mit 83,1 Jahren und Franzosen mit 82,7 Jahren. Am anderen Ende der Skala stehen Bulgarien mit 74,8 Jahren, Litauen mit 74,9 Jahren und Rumänien mit 75,3 Jahren. Das [teilte](#) Eurostat, das statistische Amt der EU, am 25. Juli 2019 mit.

12. Personalie: Jörg Wojahn wird Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Berlin

Jörg Wojahn wurde am 24. Juli 2019 zum [neuen Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission](#) in Berlin ernannt. Er übernimmt sein neues Amt am 1. September 2019. Jörg Wojahn tritt die Nachfolge von Richard Kühnel an, der als Direktor in die Generalkommission „Kommunikation“ wechselt. Der deutschstämmige Jörg Wojahn leitet seit vier Jahren die Vertretung der EU-Kommission in Wien. Als in Kiel promovierter Völkerrechtler und früherer EU- und NATO-Korrespondent für die österreichische Tageszeitung Der Standard hat der Experte für internationale Beziehungen und Kommunikation die Arbeit der EU-Kommission österreichweit erfolgreich sichtbar gemacht.

13. Termin: Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 17. und 18. August 2019

Das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und das Bundespresseamt laden am 17. und 18. August 2019 wieder zum Tag der offenen Tür ein. Die meisten Häuser sind an beiden Tagen von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Abweichende Öffnungszeiten einiger Ministerien stehen im ausführlichen [Programmteil](#). Darin sind auch flankierende Angebote beispielsweise der Bundespressekonferenz, des ARD-Hauptstadtstudios und des Europäischen Hauses aufgeführt.